

# plan B

FÜR AZUBIS, STUDIS UND JUNGE BESCHÄFTIGTE.  
FÜR ALLE, DIE MEHR VOM LEBEN WOLLEN.

**BUNDESTAGSWAHL 2017**  
**WOFÜR STEHEN DIE PARTEIEN ?**

GEWERKSCHAFTS**JUGEND** IN BEWEGUNG



# PLAN B ZUR BUNDESTAGSWAHL

Redaktion: Berliner Botschaft und Michael Wagner

V.i.S.d.P.: Manuela Conte

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand  
Abt. Jugend und Jugendpolitik  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Gestaltung: [www.berliner-botschaft.de](http://www.berliner-botschaft.de)

Mit der Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September entscheiden die Wahlberechtigten auch über die zukünftige Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik, über Bildungspolitik und allgemeine Fragen zur gerechten Wohlstandsverteilung in unserem Land. Erstmals seit Langem könnte es sein, dass eine rechtspopulistische Partei ins Parlament einzieht und ihre rassistischen Positionen auf der großen Bühne vertreten kann.

Wir nehmen die wachsende soziale Ungerechtigkeit und den drohenden Rechtsruck nicht hin. Mit unserem PlanB stellen wir uns deutlich gegen rechte Hetze und ein „Weiter so!“. Gemeinsam machen wir uns stark für bessere Bildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch wir stimmen am 24. September in den Wahllokalen ab.

Weil wir etwas ändern wollen, müssen wir wissen, wofür die einzelnen Parteien stehen. Deshalb haben wir nachgefragt. Die Ergebnisse findet ihr in dieser Broschüre.



junge GEW

JUGEND



JUNGE GRUPPE

JUNGE

NGG

junge

EVG JUGEND

Ver.di JUGEND

# AUSBILDUNG BESSER MACHEN!

2016 blieben etwa 300.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Gleichzeitig werden viele Azubis schlecht oder gar nicht betreut, erhalten keinen Ausbildungsplan oder müssen Überstunden leisten. In schulischen und anderen Ausbildungsformen gilt ein Großteil der erkämpften Rechte und Ausbildungsstandards für Azubis gar nicht erst. Ein Viertel aller Arbeitsverträge wird vorzeitig aufgelöst. Wir müssen Ausbildung besser machen!

Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie, deren Kosten solidarisch auf alle Unternehmen verteilt werden sowie feste Standards und Mitbestimmungsrechte, die für alle Ausbildungsformen gelten. Wir brauchen Übernahmeperspektiven die rechtzeitig bekannt gegeben werden. Das muss endlich Gesetz werden.



UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## AUSBILDUNGSQUALITÄT UND MITBESTIMMUNG

Die CDU/CSU sieht die Verantwortung für eine Verbesserung der Ausbildungsqualität bei Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen und den Betrieben.

Die Freien Demokraten wollen das berufliche Bildungssystem stärken. Dafür will die FDP einen Ausbau der Digitalisierung in der dualen Ausbildung sowie die Förderung von Austauschprogrammen für Auszubildende.

Die SPD will, dass Auszubildende jeden Alters an Berufsschultagen freigestellt werden und eine Mindestauszubildendenvergütung erhalten. Das Berufsbildungsgesetz soll auf die Praxisphasen dualer Studiengänge ausgeweitet werden. Ausbilder\_innen sollen sich regelmäßig weiterbilden können.

Die Grünen wollen das Berufsausbildungsgesetz reformieren und auch das duale Studium regeln. Die Tarifautonomie soll gestärkt werden, die Einrichtung einer JAV und Beschwerdemöglichkeiten sollen erleichtert werden. Ergänzend zu Tarifverträgen soll es eine Mindestausbildungsvergütung geben.

Die Linke setzt sich für Mindeststandards zur Verbesserung von Ausbildungsqualität und Mitbestimmung der Auszubildenden ein sowie für eine Mindestausbildungsvergütung und eine Garantie für Auszubildende, in den Personalvertretungsstrukturen mitwirken zu können.

UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## AUSBILDUNGSGARANTIE

Mit der 2015 gestarteten Allianz für Aus- und Weiterbildung sehen CDU und CSU die Ausbildungsgarantie als umgesetzt an. Einen weiteren Handlungsbedarf erkennt die Union nicht.

Die FDP lehnt eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie ab.

Die SPD will eine Ausbildungsgarantie. Finanziert werden soll diese über branchenbezogene Ausbildungsfonds, die von Arbeitgeber\_innen und Gewerkschaften getragen werden.

Die Grünen fordern eine Art Ausbildungsgarantie und befürworten branchen- und regionsbezogene Ausbildungsumlagen, die solidarisch finanziert werden sollen. Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) soll einfacher in Anspruch genommen werden können und an den Lebenshaltungskosten ausgerichtet werden.

Die Linke setzt sich für eine solidarische Umlagefinanzierung des Ausbildungssystems ein, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt.

UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## ÜBERNAHME

CDU und CSU treten zwar für eine frühzeitige Information von Azubis zur Übernahme ein, sehen jedoch keine Notwendigkeit für einen Rechtsanspruch.

Die FDP äußert sich nicht zu einem Rechtsanspruch, will aber den Abbau bürokratischer Hürden, um Anreize für mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die SPD will eine verbindliche Ankündigungsfrist.

Die Grünen sehen in einem Rechtsanspruch auf eine rechtzeitige Ankündigung der Übernahme einen sinnvollen Weg, fordern diese jedoch nicht ausdrücklich.

Die Linke unterstützt den Rechtsanspruch auf eine rechtzeitige Ankündigung der Übernahme nach der Ausbildung.

# BILDUNG FÜR ALLE!

Bildungschancen hängen noch immer stark vom Vermögen und der sozialen Herkunft der Eltern ab. 98 Prozent aller BAföG-Empfänger\_innen müssen sich etwas dazuverdienen, um bei steigenden Mieten, Lebenshaltungskosten und technischen Anforderungen mithalten zu können.

Bildung und sozialer Aufstieg dürfen kein Privileg sein! Gebühren verhindern einen gerechten Zugang zu Bildung! BAföG muss ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, unabhängig vom Einkommen der Eltern sein und regelmäßig an die realen Lebenshaltungskosten angepasst werden.



**UNION**

**FDP**

**SPD**

**GRÜNE**

**LINKE**

## CHANGENGLEICHHEIT

CDU und CSU wollen einen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter schaffen. Sie wollen eine höhere Durchlässigkeit zwischen Schultypen und eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“ sowie mit besserer Ausstattung von Schulen junge Menschen ausreichend auf ihr Berufsleben vorbereiten.

Die FDP setzt Sprachförderung vor der Einschulung und die Ausweitung der Stipendienprogramme auf 15 % der Studierenden.

Die SPD will das Kindergeld nach Einkommen und Kinderzahl berechnen und die Existenzsicherung für Kinder anpassen. Sie fordert mehr Personal, Ganztagsbetreuung und Bundesmittel für Kitas und Schulen. Die Kinder- und Jugendhilfe soll ausgebaut und die Durchlässigkeit zwischen Bildungswegen erhöht werden.

Bis 2020 wollen die Grünen 350.000 Kitaplätze schaffen und fordern für benachteiligte Stadtquartiere und Regionen mehr Geld für Schulen. Die Regelsätze für Kinder in Hartz IV sollen angehoben werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket soll abgeschafft werden.

Die Linke setzt sich für ein inklusives Bildungssystem mit individueller Förderung ein. Konkurrenzdruck, z. B. im mehrgliedrigen Schulsystem, soll abgebaut werden. Eine bessere öffentliche Finanzierung soll den Bildungserfolg vom Einkommen der Eltern abkoppeln.

**UNION**

**FDP**

**SPD**

**GRÜNE**

**LINKE**

## BAFÖG

CDU und CSU wollen eine Anpassung des BAföG an die Preis- und Einkommensentwicklung prüfen.

Die Freien Demokraten setzen sich für eine elternunabhängige Ausbildungsförderung ein. Schüler\_innen, Auszubildende und Studierende sollen mit einem Zuschuss von 500 Euro sowie einem Darlehensangebot gefördert werden. Die Rückzahlungsmodalitäten sollen sich am späteren Einkommen orientieren.

Die SPD will eine Förderung auch bei spätem Studienbeginn und Teilzeitstudium, die Fördersätze sollen bedarfsdeckend regelmäßig angepasst und Einkommensgrenzen erhöht werden. Das BAföG für Schüler\_innen und Meister\_innen soll ausgebaut werden. Die SPD will die Zahl der Stipendien, die an Studierende mit Berufsabschluss vergeben werden, verdoppeln.

Die Grünen wollen höhere Elternfreibeträge, höhere Fördersätze und eine automatische und regelmäßige BAföG-Erhöhung. Langfristig soll das BAföG aus einem Basisbetrag und einem individuellen Bedarfzuschuss bestehen. Die Semesterbegrenzung soll gelockert werden.

Die Linke fordert einen elternunabhängigen Vollzuschuss von 1.050 Euro, der regelmäßig und automatisch an die Lebenshaltungskosten angepasst wird sowie die Abschaffung der Altersgrenzen und die Anpassung der Bezugsdauer an die durchschnittliche Studiendauer.

**UNION**

**FDP**

**SPD**

**GRÜNE**

**LINKE**

## BILDUNGSgebÜHREN

CDU und CSU sehen die Entscheidungskompetenz für Bildungsgebühren in den Bundesländern.

Mit Bildungsgebühren in Form nachgelagerter Studienbeiträge will die FDP Hochschulen schneller modernisieren. Studierende sollen während ihres Studiums nicht belastet werden und Gebühren erst nach Abschluss ihres Studiums sowie nach Überschreiten einer angemessenen Einkommensschwelle erhoben werden.

Die SPD setzt sich für gebührenfreie Bildung ein.

Die Grünen lehnen Gebühren für schulische Ausbildungen und für das Studium ab.

Die Linke lehnt Bildungsgebühren grundsätzlich ab.

# SELBSTBESTIMMT ARBEITEN!

Arbeitnehmer\_innen bewältigen immer mehr. Sie leisten in zeitlich befristeten Jobs unbezahlte Überstunden und nehmen auch während des Feierabends dienstliche Anrufe entgegen oder beantworten E-Mails. Dass sich unter diesen Umständen kaum eine Familie gründen lässt, Freizeit und ehrenamtliches Engagement auf der Strecke bleiben, liegt auf der Hand. Flexibilität aber ist keine Einbahnstraße.

Arbeit muss die Lebensgestaltung unterstützen statt sie zu behindern. Wir fordern selbstbestimmte Arbeitszeitkonten und Möglichkeiten zum Wechsel in Voll- und Teilzeit, je nach Lebensphase. Starke Mitbestimmungsgremien sollen kontrollieren, dass durch diese Form der Flexibilisierung die Arbeitnehmer\_innenrechte nicht über Umwege aufgeweicht werden.



UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## ARBEITSZEIT UND LEBENSPHASEN

CDU und CSU wollen einen Anspruch auf Teilzeit schaffen und Familien- und Lebensarbeitszeitkonten prüfen. Flexible Arbeitszeitmodelle sollen gemeinsam mit den Tarifpartnern entwickelt werden.

Die FDP will das Arbeitsgesetz flexibilisieren und statt einer täglichen, eine wöchentliche Höchststarbeitszeit von 48 Stunden festschreiben.

Die SPD will die sachgrundlose Befristung in Arbeitsverträgen abschaffen und die Gründe für Befristungen einschränken. Sie will ein Recht auf Weiterbildung für Arbeitslose und ein Familiengeld für die Pflege von Angehörigen. Auch die Rückkehr von der Teilzeit zur Vollzeit soll ein Recht werden.

Die Grünen fordern für Eltern die Möglichkeit zur Arbeitszeitreduzierung und dazu finanzielle Unterstützung für acht Monate je Elternteil plus weitere aufteilbare acht Monate. Die Arbeitslosenversicherung soll Weiterbildungen finanzieren und die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium ausgebaut werden.

Die Linke setzt sich für ein neues Normalarbeitsverhältnis ein, das auf einer kurzen Vollzeit für alle beruht. Dafür braucht es Mitbestimmungsrechte bei Arbeitsorganisation und Personalbemessung. Die Linke fordert ein Rückkehrrecht in Vollzeit und einen Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit und Sabbatjahre für alle.

UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## ARBEITSZEITGESTALTUNG UND ÜBERSTUNDEN

CDU und CSU wollen das Arbeitszeitrecht für mehr Flexibilität öffnen. Eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit soll ausgeschlossen bleiben. Konkrete Lösungen sollen jedoch betrieblich und überbetrieblich entwickelt werden. Eine gesetzliche Regulierung wird nicht bevorzugt.

Die Freien Demokraten wollen eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Überstunden, die Arbeitnehmer\_innen erarbeitet werden, sollen in betriebsunabhängigen Langzeitkonten angespart werden können und langfristig und unabhängig vom aktuellen Beruf abbaubar sein.

Die SPD will, dass Arbeitnehmer\_innen besser über ihre Arbeitszeiten und -orte bestimmen können. Auch mobile Arbeit und das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit soll durch ein Wahlarbeitszeitgesetz geregelt werden.

Die Grünen fordern frei bestimmbare Vollzeitarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Wochenstunden und ein Rückkehrrecht aus der Teilzeit. Arbeitnehmer\_innen sollen ein Recht auf Arbeit im Homeoffice erhalten.

Die Linke will die gesetzliche Wochenhöchststarbeitszeit auf 40 Stunden reduzieren. Ausnahmen sollen strikter begrenzt werden und stärker kontrolliert werden. Arbeitgeber\_innen müssen verpflichtet werden, Arbeitszeiten vollständig zu erfassen und Überstunden abzugelten. Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit soll strenger reguliert werden.

UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## MITBESTIMMUNG

CDU und CSU haben keine konkreten Pläne zur Verbesserung der Mitbestimmung.

Die FDP fordert eine Demokratisierung bei der Einrichtung und bei den Wahlen zum Betriebsrat. Neben der Modernisierung der Verfahrensfragen betrieblicher Mitbestimmung muss es für die FDP die Möglichkeit eines Dialogprozesses geben, um die Aktualität der Mitbestimmungsgegenstände zu prüfen und gegebenenfalls zu flexibilisieren.

Die SPD will ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, Strafen auf Behinderung von Betriebsratsgründungen und einfachere Wahlverfahren für Betriebsräte. Deutsches Mitbestimmungsrecht soll auch für Mitarbeiter\_innen in deutschen Zweigstellen ausländischer Unternehmen sowie Fremdbeschäftigte, wie z. B. Leiharbeiter\_innen, gelten.

Die Grünen fordern gleiche Bezahlung für Leiharbeiter\_innen zzgl. einer Flexibilitätsprämie. Sachgrundlose Befristungen sollen abgeschafft und Scheinselbständigkeit verhindert werden. Werkverträge wollen die Grünen besser regulieren und den Arbeitsschutz stärken. Die paritätische Unternehmensmitbestimmung soll bereits ab 1.000 Beschäftigten greifen.

Die Linke will die betriebliche Mitbestimmung ausbauen und Betriebsräte vor Union Busting schützen. Die Linke fordert erzwingbare Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte, u. a. bei der Personalausstattung, bei der Qualifizierung von Beschäftigten sowie bei Leiharbeit und Werkverträgen.

# FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM!

Vor allem in den Großstädten beanspruchen Wohnkosten einen immer größeren Teil des Einkommens. Geringverdiener\_innen, Erwerbslose, Studierende und Auszubildende werden aus den Stadtzentren an die Ränder verdrängt, wo die Wege für alltägliche Erledigungen lang, die Arbeit weit entfernt und die öffentlichen Kassen oft besonders leer sind.

Die Politik muss Mieter\_innen vor Vertreibung und Profitgier schützen und den kommunalen Wohnungsbau wieder stärken. Wir fordern einen festen Anteil preiswerten Wohnraums in Neubauprojekten und eine Deckelung für Mietpreise. Um Wege zur Ausbildung zu verkürzen fordern wir preiswerte Bildungswohnheime für Azubis und Studierende in den Städten, aber auch im ländlichen Raum.



UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## BILDUNGSWOHNHEIME

CDU und CSU setzen für preiswertes Wohnen auf den Bau von 1,5 Mio. neuen Wohnungen. Dazu soll auch studentischer Wohnraum gehören. Konkrete Pläne für Bildungswohnheime gibt es nicht.

Die FDP will den Neubau von Wohnungen attraktiver machen. Die steuerliche Begünstigung für den Wohnungsneubau soll verbessert werden. Bundesmittel zur Wohnungsbauförderung sollen zweckgebunden werden.

Die SPD fordert den Bau von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen. Weiterhin will sie mehr öffentlichen und sozialen Wohnungsbau.

Die Grünen wollen das BAföG um eine ortsabhängige Wohnpauschale erweitern und streben einen Aktionsplan für studentisches Wohnen an. Energetisch modernisierte Wohnungen sollen mit einem Zuschuss preiswert gehalten werden.

Die Linke will Bundesmittel für den Wohnungsbau auf jährlich 5 Mrd. Euro erhöhen und vorrangig an kommunale und gemeinnützige Träger\_innen vergeben, darunter auch die Studierendenwerke. Bis zu 250.000 Wohnungen jährlich sollen so mit dauerhaften Sozial- und Belegungsbindungen entstehen.

UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## MIETPREISE

Den Neubau von Wohnungen wollen CDU und CSU steuerlich fördern. Für Neubauten soll es keine zusätzlichen Regulierungen geben.

Die FDP fordert ein Wohngeld, dass der örtlichen Mietentwicklung angepasst wird. Es soll Mieter\_innen bei Wohnungen zu einer angemessenen Miete und an einem angemessenen Ort schnell zugute kommen und auch bei Mieterhöhungen greifen.

Die SPD will die Mietpreisbremse verbessern und mehr Transparenz und Vergleichbarkeit auf dem Wohnungsmarkt. Eigenbedarfskündigungen und Bodenspekulation sollen erschwert werden. Das Wohngeld soll regelmäßig angepasst und Wohneigentum für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen gefördert werden.

Die Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung sollen erhöht werden. Die Grünen wollen die Mietpreisbremse wirksam machen, Modernisierungs-Mieterhöhungen senken, rechtssichere Mietspiegel schaffen und den Mietanstieg in bestehenden Verträgen dämpfen. Mieter\_innen sollen besser vor Kündigungen geschützt werden.

Die Linke will eine flächendeckende, unbefristete und ohne Ausnahmen geltende Mietpreisbremse. In die Berechnung qualifizierter Mietspiegel sollen alle Mieten einfließen. Die Umlage, die Vermieter\_innen zu möglichst teuren Modernisierungen einlädt, will Die Linke abschaffen und sich zusätzlich für einen verbesserten Kündigungsschutz einsetzen.

UNION

FDP

SPD

GRÜNE

LINKE

## KOMMUNALER WOHNUNGSBAU

CDU und CSU wollen Grundstücke des Bundes verbilligt an Städte und Gemeinden abgeben und die Erstellung von Bebauungsplänen, die dem Wohnungsbau dienen, finanziell unterstützen.

Die FDP fordert die Abschaffung der Mietpreisbremse und eine Zweckbindung von Bundesmitteln für den Wohnungsneubau.

Die SPD will den sozialen und öffentlichen Wohnungsbau stärken. Auch sollen mehr Betriebswohnungen entstehen.

Die Grünen wollen 1 Mio. neue Wohnungen schaffen und sozial binden. Besonders Wohnungsbaugenossenschaften sollen stärker gefördert werden.

Der kommunale Wohnungsbau soll besonders gefördert werden. Öffentliche Grundstücke sollen vorrangig und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Ein Rekommunalisierungsfonds und die Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts sollen Kommunen beim Rückkauf von Wohnungen helfen.

## GERECHTIGKEIT

# FÜR EINE UMVERTEILUNG VON OBEN NACH UNTEN!

Während 10 % der Bevölkerung 66 % des Reichtums besitzen, reicht es bei der Hälfte der Bürger\_innen nicht, um überhaupt etwas anzusparen. Auf öffentliche Infrastruktur, wie Schulen, Schwimmbäder oder öffentliche Verkehrsmittel, sind besonders die unteren Einkommensschichten angewiesen. Diese sind aber chronisch unterfinanziert.

Wir fordern eine gerechte Verteilung des Reichtums, die Schließung von Steuerschlupflöchern, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ab 500.000 Euro sowie eine Finanztransaktionssteuer. Die steuerliche Besserstellung von Kapitalerträgen muss beendet werden. Die Steuereinnahmen sollen in die öffentliche Daseinsvorsorge fließen.



### UNION

Den Spitzensteuersatz wollen CDU und CSU erst ab einem Einkommen von 60.000 Euro erheben und der Solidaritätszuschlag soll abgeschafft werden. Eine Ausweitung oder Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnt die Union ab.

### FDP

Die Einführung neuer Steuern, z. B. der Vermögenssteuer, lehnen die Freien Demokraten ab. Bürger\_innen sollen insgesamt weniger Steuern zahlen. Eine Verschärfung der Erbschaftssteuer wird abgelehnt und eine Belastungsgrenze für direkte Steuern und Sozialabgaben soll im Grundgesetz festgeschrieben werden.

### SPD

Die SPD will die Grenze für den Spitzensteuersatz von 42 % auf Einkommen von 60.000 Euro anheben. Ab 250.000 Euro Einkommen soll eine Reichensteuer von weiteren 3 % erhoben werden. Sie will die Erbschaftssteuer reformieren und sich für eine europäische Finanztransaktionssteuer einsetzen. Steuersubventionen und steuerliche Privilegien sollen überprüft und ggf. abgeschafft werden.

### GRÜNE

Die Grünen fordern eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Single-Einkommen ab 100.000 Euro und eine Vermögenssteuer für Superreiche. Wenn die Erbschaftssteuer vor dem Bundesverfassungsgericht scheitert, wollen sie die Erbschaftssteuer überarbeiten. Unternehmen sollen maximal 500.000 Euro für Managergehälter steuerlich abrechnen dürfen.

### LINKE

Die Linke fordert eine Millionärsteuer ab 5 Prozent auf Vermögen ab 1 Million Euro, eine Senkung der Einkommenssteuer für alle Einkommen bis 7.100 Euro brutto im Monat, eine Anhebung der Reichensteuer, eine Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer gezielt nur für große Vermögen.

## STEUERGERECHTIGKEIT

### UNION

CDU und CSU wollen mit den Bundesländern gemeinsame Standards erarbeiten, um Steuerbetrug wirksamer zu bekämpfen. Auf internationaler Ebene setzt die Union auf Kooperationen im Rahmen der OECD.

### FDP

Die FDP setzt sich dafür ein, auf Ebene der G20 und in der Europäischen Union Konzepte zu entwickeln, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen und Steuerhinterziehung verhindern sollen.

### SPD

Die SPD will auf europäischer Ebene eine gemeinsame Körperschaftsteuer, Mindeststeuersatz und ein Transparenzregister für Unternehmensbeteiligungen. Die Steuerverwaltungen und -fahndungen sollen mehr Personal erhalten und Anlagen in Steueroasen erschwert werden. Banken, die die Regeln missachten, sollen sanktioniert werden.

### GRÜNE

Die Grünen wollen internationale Mindeststandards für Steuerpflichtigen. Die Steuerverwaltung soll besser ausgestattet werden. Mit unkooperativen Ländern sollen Banken und Kanzleien keine Geschäftsbeziehungen unterhalten dürfen. Konzerngewinne sollen nach Ländern aufgeschlüsselt werden. Gegen Briefkastenfirmen fordern die Grünen ein Transparenzregister.

### LINKE

Die Linke will Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter personell und technisch besser ausstatten. Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre Kerndaten wie ihre Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen.

## STEUERSCHLUPFLÖCHER

### UNION

CDU und CSU wollen für den Erhalt der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum prüfen, welche Abweichungen, Sonderregelungen und Öffnungsklauseln, auch im Bezug auf Investitionsförderung und Baurecht, notwendig sind.

### FDP

Für die FDP soll nur ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge durch den Staat gewährleistet werden. Dort, wo Aufgaben genauso gut durch private Unternehmen erbracht werden können, soll dies durch faire Wettbewerbsbedingungen ermöglicht werden und öffentliche Haushalte entlastet werden.

### SPD

Die SPD will in Schulen, Kitas und öffentliche Verkehrsinfrastruktur investieren. Eine Privatisierung von Straßen soll es mit der SPD nicht geben. Weiterhin sollen in schnelle Glasfaserleitungen und Energieeffizienz investiert werden.

### GRÜNE

Die Grünen wollen stärker in Bildungseinrichtungen und Kitapersonal investieren. In strukturschwachen Regionen soll die Förderung der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgeweitet werden.

### LINKE

Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnt Die Linke ab und fordert stattdessen eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen, u. a. durch die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer. Darüber hinaus will Die Linke Multi-Millionäre durch höhere Steuern angemessen in die Finanzierung des Gemeinwesens einbeziehen.

## ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN

# FÜR EINE OFFENE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT!

Seit einigen Jahren verschärfen sich rassistische und menschenverachtende Meinungen und Äußerungen und finden sich auch in der sog. Mitte der Gesellschaft. Angriffe auf Nichtdeutsche und Flüchtlingsunterkünfte finden täglich statt und mit der AfD besteht die Gefahr, dass eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag einzieht. Sie nutzt Abstiegsängste und bestehende Unsicherheit zur Hetze gegen Einwander\_innen und will die soziale Ungleichheit noch weiter verschärfen. Die AfD zielt direkt gegen den Sozialstaat.

Wir wollen diesen Vormarsch stoppen. Respekt und Solidarität sind die unverhandelbaren Säulen der Gewerkschaftsbewegung. Respekt und Solidarität gelten allen Menschen, ohne Ausnahme. Die Demokratie steht als Grundlage einer offenen Gesellschaft nicht zur Debatte. Deshalb sind AfD, NPD & Co. für uns nicht wählbar.



**UNION**

**FDP**

**SPD**

**GRÜNE**

**LINKE**

## OFFENE GESELLSCHAFT

CDU und CSU wollen die politische Bildung stärken. Weitere konkrete Maßnahmen nennen sie nicht.

Die FDP setzt sich auf EU-Ebene für Maßnahmen gegen Mitgliedsstaaten ein, die dauerhaft Grund- und Menschenrechte verletzen.

Die SPD will Sicherheitsbehörden und Bundeswehr besser für Rechtsextremismus sensibilisieren. Sie will die Erfassung und Auswertung rechter Straftaten verbessern und rechtswidrige Inhalte im Internet besser verfolgen. Die Mittel für Demokratieförderung und „Extremismusprävention“ sollen langfristig gesichert werden.

Die Grünen wollen Menschenrechtsbildung, Demokratie- und Medienkompetenz in Schulen und Kitas. Opfer rechter Gewalt sollen besser geschützt werden, auch vor Abschiebungen. Initiativen und Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus sollen besser finanziert werden.

Die Linke sieht den Rechtspopulismus in einem Zusammenhang mit dem Eindruck vieler Menschen, ihre Stimme sei in der etablierten Politik nicht mehr gefragt. Sie will diesem über eine Volksgesetzgebung und die deutliche Ausweitung demokratischer Mitbestimmung in allen Bereichen (Betrieb, Schule, große Bauvorhaben, etc.) entgegenzutreten.

**UNION**

**FDP**

**SPD**

**GRÜNE**

**LINKE**

## ANTI-DISKRIMINIERUNG

CDU und CSU verweisen hier auf das Grundgesetz und bestehende Gesetze. Diese sollen konsequent angewendet werden.

In ihrem Wahlprogramm äußert sich die FDP nicht zu konkreten Maßnahmen, bekennt sich aber zur Universalität der Menschenrechte und wendet sich gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder eines sonstigen Status.

Die SPD will eine 50 %-Frauenquote in Führungspositionen und Lohngleichheit. Initiativen gegen Homo- und Transphobie sollen gestärkt werden. So auch die Rechte transsexueller Menschen. Sie will sexistische Werbung bekämpfen. Ausländische Absolvent\_innen sollen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten und ausländische Bildungsabschlüsse erleichtert werden.

Die Grünen wollen für börsennotierte deutsche Unternehmen eine 50 %ige Frauenquote und transparente und gleiche Löhne in allen Unternehmen. Die Diskriminierung homo- und transsexueller Menschen soll beendet werden. Menschen mit Behinderungen wollen die Grünen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Die Linke will die Diskriminierungstatbestände im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ausweiten, die Antidiskriminierungsstellen ausbauen und zivilgesellschaftliche Beratungsstellen stärken. Menschen mit Migrationshintergrund in Wirtschaft und Verwaltung sollen gefördert werden, ebenso die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung.

**UNION**

**FDP**

**SPD**

**GRÜNE**

**LINKE**

## DEMOKRATIE

CDU und CSU verweisen hier auf das Grundgesetz und bestehende Gesetze. Diese sollen konsequent angewendet werden.

Die FDP will die Demokratie durch ehrenamtliches Engagement und den probeweisen Ausbau von Instrumenten direkter Demokratie auf kommunaler und Landesebene unterstützen.

Die SPD will das Wahlalter auf 16 senken und die politische Bildung Jugendlicher verbessern. Sie fordert ein Lobbyregister und will Nebentätigkeiten von Parlamentariern offenlegen. Parteispenden sollen 100.000 Euro nicht überschreiten. Der Wahlprozess und öffentliche Petitionen sollen erleichtert werden.

Die Grünen streben eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre an und wollen Volksentscheide im Grundgesetz verankern. Direktdemokratische Beteiligungen wollen sie stärken. Politische Entscheidungen sollen transparenter und der Einfluss von Lobbyist\_innen eingeschränkt werden.

Die Linke wird einen Gesetzentwurf für die Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung – Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung – einbringen. Mitbestimmungsrechte in Betrieben sollen ausgeweitet werden sowie Auszubildendenvertretungen und deren Mitwirkung in Personalräten gestärkt werden.

## KEINE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

# KEINE STIMME DEN RASSIST\_INNEN!

Mit der AfD tritt zu den Bundestagswahlen eine offen rechtspopulistische Partei an. Ihre rassistischen und neoliberalen Positionen stehen für all das, was wir als engagierte Gewerkschafter\_innen ablehnen:

Die AfD ist rechtspopulistisch und hat **keine Antworten auf soziale Probleme**. Sie dämonisiert Geflüchtete und macht diese verantwortlich für Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Zuwanderung soll begrenzt, Menschen abgeschoben und Grenzen militarisiert werden.

Die AfD propagiert die **ungehemmte freie Marktwirtschaft**. Mitbestimmungsrechte in Betrieben haben für die AfD keine Bedeutung; wohnungspolitische Forderungen, etwa nach einer Mietpreisbremse, geißelt die AfD als planwirtschaftlichen Eingriff in den Wohnungsmarkt.

Die AfD ist **europafeindlich**. Sie fordert die Abschaffung des Euro und will aus der EU austreten. Die Unterstützung von Ländern wie Griechenland, deren Bevölkerungen durch die Finanzkrise verarmt und arbeitslos geworden sind, lehnt sie ab. Die Politik der AfD gefährdet das Friedensprojekt Europa.

## EINEN EINZUG DER AfD IN DEN BUNDESTAG MÜSSEN WIR VERHINDERN!

**DIE AfD NUTZT DIE ABSTIEGSÄNGSTE UND SOZIALEN PROBLEMLAGEN, UM HASS VOR ALLEM GEGEN MUSLIME, MIGRANT\_INNEN UND DEMOKRAT\_INNEN ZU SCHÜREN. FÜR UNS IST KLAR, DASS WIR UNS IM BETRIEB, IN DIENSTSTELLEN UND AUF DER STRASSE GEGEN RASSISMUS, NATIONALISMUS UND FÜR EIN SOLIDARISCHES UND RESPEKTVOLLES MITEINANDER EINSETZEN!**



## WOFÜR STEHT DIE AfD LAUT EIGENEM PROGRAMM?

### AUSBILDUNG

Die AfD hat keine konkreten Forderungen, betont aber die Notwendigkeit, die freie Marktwirtschaft zu verteidigen und die Freiheit von Arbeitgeber\_innen bei Vertragsabschlüssen zu unterstützen.

### ARBEIT

Die AfD lehnt die berufliche Förderung von Frauen sowie eine Lohngleichstellung von Männern und Frauen ab.

### WOHNEN

Die AfD lehnt eine Mietpreisbremse ab. Sie will Baugenehmigungen beschleunigen, z. B. durch die Rücknahme von Vorschriften zum Klimaschutz. In ihrem Wahlprogramm äußert sich die AfD nicht zum kommunalen Wohnungsbau, will aber öffentliches Eigentum abgeben, um den individuellen zu fördern.

### GERECHTIGKEIT

Die AfD lehnt Steuererhöhungen ab, ist für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer und gegen eine Reaktivierung der Vermögenssteuer.

### GESELLSCHAFT

Die AfD äußert sich nicht zu diesem Thema, sieht aber in der Präsenz von Muslimen „eine große Gefahr“. Die AfD befürchtet, dass die Erwähnung von Homo- und Transsexualität im Unterricht Kinder verunsichert, wendet sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter und lehnt die Ehe für alle ab.

## DIE KAMPAGNE ZUR BUNDESTAGSWAHL



auf [www.jugend.dgb.de](http://www.jugend.dgb.de)

### PlanB der Gewerkschaftsjugend

Unsere ausführlichen Forderungen zur Bundestagswahl findest du in unserem Positionspapier.

### Kandidat\_innentool

Finde heraus, welche Kandidat\_innen in deinem Wahlkreis den PlanB unterstützen.

### B-Rechner

Wie gerecht ist Deutschland? Unsere Analyse der Wohlstandsverteilung und Chancengleichheit in einem Tool.

### Themenflyer

Unsere Themenflyer: die kompakte Zusammenfassung unserer Forderungen zur Bundestagswahl für Azubis, Studierende und die junge Generation.



# Dactive

**AM 24. SEPTEMBER IST BUNDESTAGSWAHL!**  
**DEINE STIMME ZÄHLT!**

**FÜR BESSERE AUSBILDUNGS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN,  
FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES MITEINANDER!  
KEINE STIMME DEN RASSIST\_INNEN!**

Willst du wissen, welche Politiker\_innen unsere Forderungen unterstützen?  
Unser **Kandidat\_innentool** gibt Auskunft: [www.jugend.dgb.de](http://www.jugend.dgb.de)

GEWERKSCHAFTS**JUGEND** IN BEWEGUNG

